

USA einen nahezu uneinholbaren Vorsprung auf. Das National Health Institute der USA soll allein in den Sektoren der medizinischen Spezialforschung, unter Einbezug der Gentechnologie, jährlich 8 Milliarden Dollar in Forschung und Entwicklung investieren. Es ist daher für uns entscheidend, dass wir die sich uns bietenden Möglichkeiten bestmöglichst nutzen. Hier setzt mein Postulat an: «Um wettbewerbsfähig und wirtschaftlich erfolgreich zu sein, muss die Wirtschaft in der Lage sein, wesentliche wissenschaftliche Erkenntnisse umgehend in neue Verfahren und Produkte umzusetzen. Die Verbesserung des Umfelds für innovative Investitionen ist in der heutigen Wirtschaftslage besonders dringlich. Wissenschafts-, Forschungs- sowie Wirtschafts- und Technologiepolitik müssen vermehrt koordiniert und strategisch ausgerichtet werden. Der Bundesrat wird aufgefordert, zu prüfen, ob nicht ein Innovationsrat zu schaffen ist, der ihn in der Erfüllung dieser Aufgaben, deren Lösung vordringlich ist, unterstützt. Solche Aufgaben sind:

- Förderung eines innovationsorientierten Verständnisses;
 - Erfassung und Verbesserung der innovationsbestimmenden Rahmenbedingungen und des Innovationsklimas;
 - Festlegung klarer Prioritäten mit landesweiter strategischer Ausrichtung der Technologie- und Forschungspolitik auf der Grundlage der entscheidenden technologischen Entwicklungslinien;
 - fortlaufende Prüfung der arbeitsmarktlichen und beschäftigungspolitischen Auswirkungen der Innovationsstrategie.»
- Ein Innovationsrat kann auch Ansätze für eine gezielte Unterstützung der Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen der mittleren und kleinen Unternehmen liefern. Seinerzeit wollte man bundesseits eine Investitionsrisikogarantie schaffen, um diese Bedürfnisse abzudecken. Dies ist indessen abgelehnt worden. Mein Vorstoss zielt nicht in diese Richtung, aber er kann zu günstigen Voraussetzungen insbesondere für diese Unternehmenskategorien führen. Auch Strategien zur Förderung der Markteinführung innovativer Produkte und Verfahren sind gefragt. Fronterfahrene Mitglieder des Innovationsrates können ihr Sachwissen in eine solche Arbeit einbringen. Es handelt sich durchwegs, dafür gibt es sehr viele konkrete Beispiele, um Aufgaben von der Weiterentwicklung der Förderungspolitik bis hin zur Öffentlichkeitsarbeit zur Verbesserung des Investitionsklimas.

Wirtschafts- und Technologiepolitik stehen in einem engen Zusammenhang, den es zu erkennen und effizient umzusetzen gilt. Mit dem Institut des Innovationsrates hat man in anderen Ländern sehr gute Erfahrungen gemacht, es bringt kaum materielle und personelle Belastungen für Staat und Verwaltung, im Gegenteil: Die politischen Führungsorgane erhalten Impulse, Anregungen, Vorschläge und Ideen erfahrener Fachleute und können dann entscheiden, ob und wieviel sie allenfalls umsetzen wollen. Ein solcher ressortübergreifender Innovationsrat sollte demnach mit führenden Leuten aus der Wirtschaft besetzt werden und seine Vorschläge und Berichte in der Folge direkt dem Bundesrat unterbreiten.

Der Vorstoss ist als Postulat konzipiert, damit das Anliegen im Gesamtrahmen geprüft werden kann, zumal nun offenbar auch die Privatwirtschaft, nach anfänglicher Zurückhaltung, ihr Interesse signalisiert hat, die materiellen Voraussetzungen im Umfeld der Abdeckung der Innovationsrisiken zu schaffen. Wenn seitens der Privatwirtschaft eine Einrichtung zur Finanzierung des Innovationsrisikos geschaffen werden sollte, was zur Diskussion gestellt wird, werden sich neue Schnittstellenprobleme ergeben. Man wird sich seitens des Bundes zu überlegen haben, wie diese Probleme zu lösen sind, d. h., wie die staatliche Begleitung organisiert werden soll – wohl nicht mit einer eigenen Bürgschaftslimite, sondern eher mit Beratung. Es besteht heute bereits eine Kommission für wissenschaftliche Forschung, die möglicherweise auch die entsprechenden Funktionen übernehmen könnte, damit nicht zwingend ein neues Gefäss geschaffen werden muss. Entscheidend ist auf jeden Fall, dass sich schwergewichtig Fachleute, auch aus der Wirtschaft, mit diesen Problemen befassen, und dies nicht nur im Rahmen einer auch noch zu bearbeitenden Aufgabe.

Mein Postulat verlangt die Überprüfung dieser Anliegen.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Le Conseil fédéral est prêt à accepter le postulat.

Überwiesen – Transmis

93.3480

Interpellation Caveltly

Nationale Einigungskonferenz zur Europafrage

Conférence nationale sur la Suisse et l'Europe

Wortlaut der Interpellation vom 6. Oktober 1993

Seit der Volksabstimmung vom 6. Dezember 1992 zum EWR herrscht in weiten Kreisen Uneinigkeit über den einzuschlagenden Weg und über die anzustrebende Stellung der Schweiz in Europa.

Um international wirksam verhandeln zu können, sollte zunächst ein möglichst breiter nationaler Konsens in dieser wichtigen Frage herrschen.

Ist der Bundesrat bereit, zur Erarbeitung eines breitabgestützten Konzeptes eine nationale Konferenz (eine Art Etats généraux) unter Einbezug von Vertretern der Jugend, der Politik (Bund und Kantone, seinerzeitige Befürworter und Gegner des EWR), der Wirtschaft (Bauern, Gewerbe, Gewerkschaften, Industrie, Tourismus) und der Wissenschaft einzuberufen?

Um Erfolg zu versprechen, sollte die Konferenz trotz breiter Abstützung in einem möglichst kleinen und vertraulichen Rahmen gehalten werden.

Texte de l'interpellation du 6 octobre 1993

Depuis la votation populaire du 6 décembre 1992 sur l'EEE, le désaccord règne dans la majeure partie de la population en ce qui concerne le parti à adopter et la position que doit avoir la Suisse en Europe.

Afin de pouvoir mener au plan international des négociations efficaces, il faudrait trouver un large consensus national sur cette question primordiale.

Le Conseil fédéral est-il prêt, afin d'élaborer un projet bénéficiant d'un large soutien, à convoquer une conférence nationale (une sorte d'états généraux) à laquelle participeraient des représentants des jeunes, des cercles politiques (Confédération et cantons, partisans et adversaires de l'EEE lors du scrutin du 6 décembre 1992), des milieux économiques (agriculture, artisanat, syndicats, industrie, tourisme) et des milieux scientifiques ?

En gage de succès, la conférence devrait, bien qu'elle ait une base large, se dérouler autant que possible en un cercle restreint.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Keine – Aucun

Caveltly Luregn Mathias (C, GR): Bei der vorliegenden Interpellation handelt sich wohl um meinen letzten parlamentarischen Vorstoss in diesem Haus und wohl auch in meinem Leben. Dafür hätte ich mir eine bessere Zeit gewünscht. Doch jemand muss wohl auch am Montagabend der letzte sein.

Die heute zur Diskussion stehende Interpellation habe ich vor einem Jahr anlässlich der Genfer Session eingereicht. Ich stand noch unter dem Bann der EWR-Abstimmung und hatte schon damals den Eindruck, die Gegner und Befürworter des EWR würden sich immer mehr voneinander entfernen, statt sich zusammenzurufen und gemeinsam Lösungen im Interesse der Schweiz zu suchen. Um eine Ausweitung des aufgerissenen Grabens zu vermeiden, regte ich mit meiner Interpellation die Einberufung einer hochkarätigen, nationalen Konferenz der klügsten und wachsten Köpfe aus allen Lagern an,

die sich über die Grundlagen der Schweiz mit Blick auf Europa im Rahmen einer Art Generalstände, Etats généraux, aussprechen und auf eine gemeinsame Plattform einigen sollten.

Unser Rat lehnte damals die Behandlung der Interpellation und anderer Vorstösse zu Europa ab, mit der Begründung, zunächst solle der Bericht des Bundesrates über die Aussenpolitik der Schweiz in den neunziger Jahren erstellt und behandelt werden, von dem man eine Klärung der Situation erwarte. Der Bericht des Bundesrates kam; er wurde in den Räten breit behandelt und dann still klassiert, ohne dass sich eine Beruhigung eingestellt hätte. Im Gegenteil, das gegnerische Misstrauen frass sich tiefer in die Herzen einer immer breiter werdenden Bevölkerungsschicht ein und äusserte sich in allen folgenden Abstimmungen mit grenzüberschreitendem Bezug wie bei der Vorlage über die erleichterte Einbürgerung, bei der Blauhelmvorlage und bei der Alpen-Initiative. Das letzte Kapitel in dieser Serie wurde an der gestrigen Abstimmung über die Vorlage zum Verbot der Rassendiskriminierung geschrieben, bei welcher die hohe Zahl der Neinstimmen sehr zu denken geben muss.

Nach den Abstimmungen vom vergangenen Juni wurde auch der Bundesrat hellhörig und gab offiziell zu, dass «die ablehnenden Mehrheiten Grundsatzfragen aufwerfen, die angegangen werden müssen», wie er während seiner Erklärung vom 13. Juni 1994 ausführte. Weiter heisst es: «In Wahrnehmung seiner Führungsaufgabe hat der Bundesrat beschlossen, den Gründen für den Graben zwischen unserem Volk und den politischen Behörden nachzugehen und nach Mitteln zur Verbesserung der Situation zu suchen.» Soweit der Bundesrat im vergangenen Juni nach den Abstimmungen mit negativem Ausgang.

Hier nun greift meine Interpellation ein mit der angeregten nationalen Konferenz zur Erarbeitung einer gemeinsamen Plattform über Grundwerte und Visionen der Schweiz in Gegenwart und in Zukunft – über Grundwerte wie Identität, Unabhängigkeit, Neutralität, Demokratie, Rolle und Einfluss der Schweiz in Europa und in der Welt.

Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass das Parlament hierzu kaum in der Lage ist, auch wenn es noch so lange und noch so intensiv diskutiert und Statements produziert. Darum schiene es mir nicht angezeigt, die dringend notwendige Lösung des Vertrauensproblems auf eine Totalrevision der Bundesverfassung zu verschieben. Die angeregte Konferenz könnte vielmehr als Vorbereitung dazu dienen. Es braucht hier ein anderes, offeneres Gremium, ein weniger formalistisches, das weniger prestigeträchtig denkt und handelt. Es braucht dabei die selbstlose und verständnisvolle Zusammenarbeit der besten Köpfe unseres Landes, Leute, die etwas zu sagen haben und die auch bereit sind, andere Meinungen ernsthaft anzuhören. Es sollen nicht nur die Wirtschaft und die Politik, sondern auch die Wissenschaft, die Berufsverbände, die Kantone, die Zuversicht der Jugend und die Weisheit des Alters in diesem Gremium vertreten sein. Selbstverständlich sollen auch Freunde und Gegner Europas vertreten sein, die endlich aufhören sollten, sich gegenseitig Vorwürfe zu machen und sich zu rechtfertigen. Zur Förderung der Offenheit und Vertraulichkeit sollten erst die Resultate, nicht schon die einzelnen Voten veröffentlicht werden.

Wer soll das Gremium bezeichnen und einberufen? Da gibt es angesichts der Hochkarätigkeit nur eine hoch genug angesiedelte Instanz, und dies ist der Bundesrat.

Ebenso bedeutsam wie die Konferenz selbst ist ihre Vorbereitung. Bereits hierzu sind Vertreter der verschiedenen Kreise beizuziehen, die nach Möglichkeit intern, in Vorbereitungsgruppen, bereits Vorschläge für eine entsprechende Plattform erarbeiten und zur Diskussion stellen. Zu prüfen wäre, ob man das technische Know-how von Spezialisten wie zum Beispiel des World Economic Forum Davos oder ähnlicher Institutionen beanspruchen könnte.

An der Konferenz, deren Dauer nicht von vornherein beschränkt sein soll, sollten zunächst die gemeinsamen und die trennenden Punkte inventarisiert, verglichen und konkret gegeneinander abgewogen werden, mit dem Zweck, die Differenzen zu beseitigen. Was schliesslich nach redlichem Bemühen als unüberbrückbare Differenz bleibt, soll beim Namen

genannt und konkret umschrieben werden. Ich bin überzeugt, dass nicht vieles als unüberbrückbar übrigbleibt, wenn für die Konferenz das richtige Klima der Bedeutsamkeit und der Feierlichkeit geschaffen werden kann, getragen vom Bewusstsein der allergrössten Verantwortung für die Zukunft unseres Landes. Diesbezüglich vertraue ich auf die Sentenz des Dichters Paul Valéry: «Dans la vie, il n'y a pas de solutions, il y a des forces qu'il faut mettre en marche.»

Die Überzeugung, dass es sich um etwas Bedeutsames handelt, die Aufbruchstimmung, die Begeisterung für eine wieder geeinigte Schweiz im Herzen Europas müssten Motor und Seele des Vorhabens sein.

Ich hoffe, mit diesen vielleicht etwas unkonventionellen, aber nicht minder wichtigen und dringend notwendigen Gedanken beim Bundesrat auf tätiges Verständnis zu stossen.

Delamuraz Jean-Pascal, conseiller fédéral: Je regrette vivement que M. Cavelly, annonçant sa dernière intervention – en ce qui me concerne, j'espère que c'est seulement l'avant-dernière intervention et que nous aurons encore l'occasion de nous revoir –, doive entendre réponse du gouvernement dans un hémicycle remarquablement peuplé quant à la qualité, mais un peu moins quant à la quantité.

Votre interpellation, Monsieur Cavelly, est en effet celle de l'homme engagé que vous avez toujours été, d'un homme qui aimerait que son pays bouge avec lui et avec nous, dans le sens d'une intégration européenne plus profonde. Je voudrais que votre intervention ait tout l'écho qu'elle mérite, car le Conseil fédéral est parfaitement d'accord avec votre réflexion et votre proposition.

Il y aura en effet, comme il y a toujours eu, dans les mois qui viennent, une série d'information continue, tout d'abord à vos commissions, ensuite au plénum du Conseil des Etats, sur la marche du dossier européen. Il y aura quelques résultats communiqués, s'agissant du rapprochement que nous opérons actuellement de l'Union européenne. Il y aura, au tournant de l'année, cette réflexion plus générale que nous vous avons promise sur l'état de la question, une année après l'entrée en vigueur, sans nous, de l'Espace économique européen. Ces rapports pragmatiques et ces rapports scientifiques que nous vous présenterons à ce moment-là permettront de réactualiser le dossier.

Mais tout cela se fera dans le cadre du Parlement et, pour primordial qu'il soit, ce cadre ne suffit pas. C'est la raison pour laquelle l'idée de déclencher une sorte d'états généraux de la Suisse autour de l'intégration européenne est une idée excellente, tant il est vrai que ce qui a manqué à notre cause, dans les dernières décisions populaires, c'était une préparation et une information suffisantes pour faire bouger un certain nombre de convictions tenaces et changer un certain nombre de vues héritées d'un passé même très récent, mais qui ne résistent pas aux changements que sont intervenus dans ce sens.

Je donne donc, au nom du Conseil fédéral, Monsieur Cavelly, notre feu vert à l'idée que vous venez de développer. Le fait d'organiser ainsi des états généraux pour une vaste réflexion nationale me paraît excellent, à la condition toutefois que nous prenions bien garde d'insérer cette étape de notre réflexion dans un cadre qui lui soit favorable.

Selon nous, ce cadre devrait tout d'abord être un cadre d'évolution européenne qui permette de dégager mieux qu'aujourd'hui ce que sera l'architecture européenne, du moins de l'Europe occidentale, dans les années qui viennent. Cela implique que nous connaissions préalablement les décisions de trois pays de l'AELE quant à leur appartenance ou non à l'Union européenne.

Ensuite, il s'agira de tenir ces états généraux avant que ne soient proposées à la décision populaire les initiatives populaires qui sont actuellement déposées sur le bureau de la Chancellerie. Vous conviendrez avec moi qu'il est indispensable que ce débat, tel que vous le souhaitez, puisse précéder naturellement le débat formel qui entourera et qui précédera ces initiatives.

Troisièmement, et c'est là probablement le plus délicat et le plus difficile, il s'agira de trouver les conditions qui permettent un véritable débat, et non pas une espèce de débat alibi,

un peu factice, qui regrouperait toujours les mêmes argumentaires, pour et contre, tels que nous les connaissons, mais qui soient plus larges, plus représentatifs, non seulement de l'économie – c'est le ministre de l'économie qui vous parle ce soir –, mais il s'agit bien sûr de prendre en compte tous les autres aspects de l'affaire, les aspects politiques, de défense, culturels, liés à l'intégration. C'est là que réside sans doute une des difficultés, mais aussi une des conditions, du succès d'une telle entreprise: être capable de trouver non pas les abonnés du régime habituel, mais de trouver vraiment une représentation pro et contra des différents courants de pensée les plus représentatifs qu'il y ait en Suisse, qui soient ainsi les dépositaires d'une pensée qui puisse faire progresser la cause ou, le cas échéant, l'orienter sur une nouvelle trajectoire.

Ces trois conditions – conditions extérieures quant à la construction de l'Europe, conditions intérieures quant au calendrier des initiatives populaires et conditions quant à la nature représentative des choses – une fois réunies, le Conseil fédéral est prêt à apporter sa caution à l'organisation de tels états généraux. Il se pose, et c'est en relation avec la troisième condition, deux questions de procédure et de mécanisme, Monsieur Cavelti.

Première question: est-ce le Conseil fédéral, en tant que tel, qui doit avoir et l'idée, et ensuite la responsabilité de l'organisation, de l'invitation et de la conduite d'une telle opération? Sur ce point, je n'en suis pas convaincu, mais c'est une question qui est ouverte et, en tout cas, à tout le moins, le Conseil fédéral doit-il avoir en cette matière l'initiative, c'est sûr.

Deuxième question: est-ce qu'une formule ingénieuse, comme celle que vous proposez, de reprendre un *surgeon* du symposium économique de Davos ne serait pas la bonne? C'est certainement, en tout cas dans la méthode, de ce côté-là qu'on a un certain nombre de choses à apprendre, nous, un peu fermés, un peu officiels, un peu trop *veston noir/pantalons rayés*, qui devrions trouver dans ces initiatives plus libres, plus spontanées, moins officielles, si vous voulez, le lieu et le cadre du développement d'une telle organisation.

Ce sont là finalement les deux questions de faisabilité qui se posent. Personnellement, je suis pour une solution souple, ouverte, dont le Conseil fédéral garde l'initiative, mais dont l'exécution puisse être le fait d'autres que le seul Conseil fédéral. A cet égard, votre avant-dernière intervention, Monsieur Cavelti, est extrêmement positive et intéressante, et je veux vous en remercier.

Cavelti Luregn Mathias (C, GR): Ich danke Herrn Bundesrat Delamuraz für seine ermutigende Antwort und erkläre mich als sehr befriedigt.

*Schluss der Sitzung um 21.00 Uhr
La séance est levée à 21 h 00*

Interpellation Cavelt Nationale Einigungskonferenz zur Europafrage

Interpellation Cavelt Conférence nationale sur la Suisse et l'Europe

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1994
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Ständerat
Conseil	Conseil des Etats
Consiglio	Consiglio degli Stati
Sitzung	05
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	93.3480
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	26.09.1994 - 17:15
Date	
Data	
Seite	891-893
Page	
Pagina	
Ref. No	20 024 716

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.